

BAUKULTUR = ÖFFENTLICHES INTERESSE

Die Schweiz ist anders – oder will es sein. Sie ist ein Land der kleinen Schritte, des Konsenses, des kleinsten gemeinsamen Nenners. Das hat System, und das hat Tradition.¹

Im Gegensatz zu ihren europäischen Nachbarn verfügt sie weder über ein Architekten- oder Ingenieurgesetz noch über eine Baukulturpolitik, geschweige denn über eine umfassende und stringente Politik zugunsten der gebauten oder gestaltbaren Umwelt. In der Bundesverfassung findet sich der Begriff «Umwelt» nur gerade im Zusammenhang mit der «natürlichen Umwelt» wieder.

DISKURS IN DER ENGE?

Dabei gehört die Schweiz – die Alpen einmal abgerechnet – mittlerweile zu den dichter besiedelten Gebieten Westeuropas. Mit zunehmender Dichte verdichten sich aber auch die Interessenkonflikte, nimmt die Komplexität der Fragestellungen zu und wären entsprechend Visionen, Strategien und somit Kompetenzen zu deren Lösung gefragt.– Es wird zunehmend enger.

Führen wir nun tatsächlich – materiell und/oder intellektuell – einen «Diskurs in der Enge», wie der damals noch junge Schweizer Kunsthistoriker und spätere Schriftsteller Paul Nizon bereits in den 1950er-Jahren diagnostizierte? Müssen wir wie er und die von ihm porträtierten Protagonisten ins Ausland emigrieren, um den notwendig fruchtbaren Boden für unsere Arbeit zu finden? Oder werden auch wir kapitulieren und uns wie der aus unserem Berufsstand emigrierte Max Frisch im hohen Alter über unsere Illusionen und unser naives politisches Engagement in den Jugendjahren mokieren?

PROFITEURIN VON VERSPÄTUNGSEFFEKTEN

Betrachten wir die Anzahl internationaler Anerkennungen, die in den letzten Jahre an Schweizer Architekten vergeben wurden, oder nehmen wir das steigende Interesse von Ausländern an den hiesigen Hochschulen zur Kenntnis, müssten wir indes zum Schluss kommen, dass es gar nicht so schlecht um die schweizerische Architektur und ihre Produktionsbedingungen bestellt sein dürfte. Architektur wird selbst als Export-schlager gepriesen.

In der Tat hat die Schweiz – und unser Berufsstand im Besonderen – vom Umstand profitiert, dass der raue Wind der Globalisierung bei uns mit Verspätung eingetroffen ist. Da unser Berufsstand nie einen umfassenden institutionellen Schutz gekannt hat oder kennt, hat er uns möglicherweise auch weniger zugesetzt als unseren europäischen Kollegen. Mehr oder minder einem weitgehend freien, unregulierten – wenn auch lokal recht abgeschotteten – Markt ausgesetzt, sind wir in gewisser Hinsicht abgehärtet. Andererseits konnte unser Berufsstand sich sowohl planer- wie auch unternehmensseitig noch lange auf eine klar strukturierte und effiziente Kompetenz- und Rollenverteilung zwischen den verschiedenen Baubeteiligten abstützen. Eine Rollenverteilung, die sich jedoch im Zuge der primär von Wirtschaftsinteressen gesteuerten jüngsten Entwicklung im Bildungswesen in der Zwischenzeit aufgeweicht respektive fast vollständig aufgelöst hat (expandierende Gleichwertigkeit und schrumpfende Andersartigkeit innerhalb des sogenannt «dualen» Bildungssystems). Ohne individuelle oder kollektive Leistungen und Innovationen unterbewerten zu wollen, nicht zuletzt diejenigen der führenden Hochschulen, müssen wir feststellen, dass sich unsere Produktionsbedingungen auch heute noch zu einem nicht zu unterschätzenden Teil von den Fragmenten dieser einst gut eingespielten Berufspraxis speisen, die anderorts bereits seit Längerem abhanden gekommen ist. Nicht zu vergessen ist aber auch, dass sie von einem noch immer primär konservativen und qualitätsorientierten Verständnis der Gesellschaft für das Bauen getragen wird und von Verspätungseffekten in wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen profitieren kann. Indes: für wie lange noch?

DIE AUFGABE DER PLANERBRANCHE

Die Frage, inwieweit dem Bauen im Sinne der Gestaltung der «artefaktischen» Umwelt in der Schweiz heute rechtlich der Status des öffentlichen Interesses attestiert werden kann, ist umstritten. Die Feststellung, dass Individualinteressen den Gemeininteressen in diesem Bereich übergeordnet und diesen oft im Wege sind, ist es aber nicht.

Die Schweiz ist ein Land, das es seit dem Mittelalter verstanden hat, aus seinem Sonderstatus als Pufferzone zwischen Gross-

mächten heraus durch Kooperationen und Bündnisse aller Art seine Partikularinteressen zu hegen und zu pflegen. Mit föderalen Strukturen werden interne Dissonanzen und Interessenskonflikte noch heute sorgsam umschifft. In einem solchen Land, in Anlehnung an zentralistisch organisierte Staaten, global Regeln zu dekretieren, die die Inversion von Individual- und öffentlichem Interesse zum Ziel haben, wäre kaum realistisch. Ein solcher Ansatz, der die Umsetzung von planerischen Visionen respektive den Erhalt oder die Erschaffung von Baukultur ermöglichen würde, wäre gegebenenfalls noch in der Periode des liberalen Pioniergeists im jungen Bundesstaat des 19. Jahrhunderts denkbar gewesen, nicht aber heute.

Nur durch das Aufzeigen des realen Mehrwerts von Baukultur auf allen Massstabsebenen und durch eine aktive und langfristige Sensibilisierung eines breiten Publikums in Hinblick auf die Anerkennung der gesamtgesellschaftlichen Relevanz einer qualitativ hochwertigen gebauten respektive gestalteten Umwelt wird ihr Status «als von öffentlichem Interesse» politisch zu begründen sein. Die Vorarbeit dafür wird aus unseren eigenen Reihen kommen müssen.

Dieser Text basiert auf der Eröffnungsrede von

Lorenz Bräker, Präsident der SIA-Berufsgruppe Architektur (BGA), anlässlich des diesjährigen BGA-Tags zum Thema «Baukultur: Schweiz und Europa», der am 3. September 2010 in Bern stattfand (vgl. auch den Tagungsbericht auf S.XX im gleichen Heft).

Lorenz Bräker, Präsident der Berufsgruppe Architektur, info@braeker.ch

Redaktionelle Anmerkung

¹ Dieser Text basiert auf der Eröffnungsrede von Lorenz Bräker, Präsident der SIA-Berufsgruppe Architektur (BGA), anlässlich des diesjährigen BGA-Tags zum Thema «Baukultur: Schweiz und Europa», der am 3. September 2010 in Bern stattfand (vgl. auch den Tagungsbericht auf S.34/35 im gleichen Heft).